



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 20. Februar 1886.

Nr. 86.

Deutscher Reichstag.

30. Plenarsitzung vom 19. Februar.

Das Haus und die Tribünen sind mäßig besetzt.

Am Tische des Bundesrates: Staatssekretär des Innern Staatsminister v. Bötticher und preussischer Minister des Innern v. Puttkamer nebst Kommissarien; später preussischer Minister für Landwirtschaft Dr. Lucius.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen.

Der Eintritt in die Tagesordnung sucht der Abg. Dirichlet (deutschfrei.) den gegen seinen verstorbenen Fraktionsgenossen Dr. Hüter gerichteten Vorwurf unstatthafter Wahlbeeinflussung als unberechtigt zu erweisen, während

Abg. Graf von Vehr-Dehrenhoff (Deutsche Reichspartei) seinen gegentheiligen Standpunkt wahr.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Beratung der Vorlage betreffend die Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Minister v. Puttkamer wendet sich gegen die gestrigen, sowie gegen frühere Ausführungen des Abg. Rebel (Sozial-Demokrat) und führt den Nachweis, daß im Grunde des Herzens die Tendenz eine antimonarchische sei; sei doch die Königin Luise, der gute Genius des Volkes, in dem Prästorgane des Herrn Rebel in nicht annähernd wiederzugebender Weise mit Roth beworfen worden. (Rufe rechts: Psui!) Der Minister giebt sodann einen Ueberblick über die Entstehungsgeschichte des Sozialistengesetzes und macht darauf aufmerksam, daß Niemand so entschieden für das Gesetz eingetreten sei wie der fortschrittliche Abg. Bamberger im Jahre 1878. Was den Erfolg des Gesetzes betreffe, so sei ein solcher in der That wohl bemerkbar gewesen, allein die Wirkung des Gesetzes habe noch keine durchschlagende sein können; daher müsse die günstige Wirkung auch noch für eine Reihe von Jahren abgewartet werden. Diese Ansicht werde von der Mehrheit der Nation geteilt und diejenigen, welche sich der Verlängerung des wohlthätigen Gesetzes widersetzen, würden eine große Verantwortung auf sich laden. (Zehr wahr! rechts.) Darauf stellt der Minister den von dem Abg. Singer (Sozial-Demokrat) gestern vorgebrachten Fall richtig, in welchem ein agent provocateur im Auftrage des Polizei-Präsidentiums thätig gewesen sein sollte. Aus dem bezüglichen mit dem in Betracht kommenden Beamten aufgenommenen Protokoll ergab sich, daß der in Rede stehende Beamte der politischen Polizei in den betreffenden Bezirksvereinen zwar sich habe aufnehmen lassen, aber keinerlei Versuche gemacht habe, die Mitglieder des Vereins zu erregen zu provozieren. Die unbegründeten Behauptungen des Abg. Singer seien gewiß äußerst charakteristisch für die Kampfesweise der Sozialdemokraten. (Zehr wahr! rechts.) Er (der Minister) werde dem gegenüber fortfahren, einen Beamten, dessen Führung bisher zu keinerlei Ausstellungen Anlaß gegeben, energisch in Schutz zu nehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Meyer-Halle (frei.): Man hat uns niemals vorgeworfen, daß wir nach Neuerungen streben, eher hat man uns zum Vorwurf gemacht, daß wir zu sehr am Bestehenden hängen. Wir sind gegen das Gesetz, weil wir es für gefährlich halten für unsere Verhältnisse. Man kann vor acht Jahren wie Abg. Dr. Bamberger für das Gesetz, das doch nur vorübergehende Kraft haben sollte, gestimmt haben und doch jetzt dagegen sein. Minister v. Puttkamer hat von dem Gährungsprozess gesprochen, der in der Sozialdemokratie herrscht — das ist richtig, aber man befördert diesen Prozess nicht durch ein Gesetz, das die Arbeiter auf's Höchste erbittert. Ich wünschte, der Herr Minister sollte einmal nach dem Vorbilde Harun al Raschid's ins Volk gehen, etwa als freisinniger Wahlkandidat (große Heiterkeit), dann würde er sehen, wie sehr dieses Gesetz im Lande als eine Fessel betrachtet wird. Die Fessel ist so drückend, daß die Fortdauer des Gesetzes jenen Gährungsprozess nur in der nicht friedlichen Richtung beeinflussen wird. Von dem Gesetze gilt beinahe das Horazische „nonum prematur in annum!“ Als der Minister vorhin von dem Falle Mabilo sprach, haben wir nicht gelaßt, wir

wurden vielmehr sehr ernst, als wir vom Minister hörten, jener Beamte habe gelungnet, folglich sei er schuldlos. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Es giebt auch ein moralisches Haftpflichtgesetz: wo es Spindel giebt, fällt ein Vorwurf auch auf die oberste Verwaltung zurück — wir wollen die Frage heute nicht urgiren, wir warten ruhig das Ergebnis der Untersuchung ab. Daß aber agents provocateurs in der preussischen Geschichte schon vorgekommen sind, haben der Prozess Walde und andere Fälle gezeigt. — Der Minister sagte heute, das Gesetz habe nur die Form der sozialdemokratischen Bewegung bekämpfen wollen. Gut, dann hätten doch aber in einer achtjährigen Praxis gewisse Normen hervortreten müssen, die zu einer Ergänzung des Strafgesetzes führen könnten. Das ist nicht der Fall gewesen und zwar in Folge der Handhabung des Gesetzes. Also erstlich die Ausweisungen. Da muß ich betonen, daß man die Leute nicht in die vierte Dimension verweisen kann. Sie gehen in eine andere Stadt und agitiren um so energischer, als sie ihre Eristenz vernichtet gesehen haben. Daher kommt es, daß z. B. Halle eine große Anzahl von Leipziger Sozialdemokraten bezieht. Ich habe mit ihnen zu verkehren, wenn ich in Halle laubidire, ich beklage das nicht, aber ich bin nicht neidisch und gönne auch Herrn Tröndlin in Leipzig diese Sozialdemokraten. (Große Heiterkeit.) Was nun die Versammlungen betrifft, so habe ich am eigenen Leibe (Heiterkeit) so traurige Erfahrungen gemacht, daß ich das vorliegende Gesetz umtauschen möchte „Gesetz zur Verhinderung sozialdemokratischer Lehren“. (Beifall links.) Auch was die Presse betrifft, bin ich dafür, daß der Sozialdemokratie die Diskussion gestattet sein muß. — Es haben sich unsere Verhältnisse verschoben, die Fortschritte der Technik haben dahin geführt, daß jeder Mensch jetzt drei Dampfmaschinen für sich hat. Die Produktion ist ungeheuer gestiegen, da muß denn auch die Konsumtionskraft gehoben werden. Deshalb sind wir stets für die billigen Preise eingetreten und haben uns dem widersetzt, die Reichthümer noch reicher zu machen. Unsere Zeit hat Probleme geschaffen, die diskutiert werden müssen auch mit der Sozialdemokratie. Wo Reibungen sind, ist auch Wärme und es ziemt sich nicht, jeden leidenschaftlichen Ausdruck zu verbieten — d. h. ein Dampfventil plötzlich sperren. Wir sind daher zu dem Entschluß gekommen, gegen das Gesetz zu stimmen, dessen Verlängerung wir als verhängnisvoll betrachten. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer bestreitet, daß die Regierung mit dem System von agents provocateurs arbeite; allerdings könne dieselbe natürlich eine geheime politische Polizei nicht entbehren. Er werde nach den bisher beobachteten Grundrissen auch ferner verfahren. (Beifall rechts.)

Bundes-Bevollmächtigter Senator Veroman nimmt die Hamburger Polizeibehörden gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Frohme in Schutz; die Polizeibehörden hätten durchaus ihre Pflicht gethan. (Redner wird oft von Zurufen unterbrochen, so daß der Präsident das Haus wiederholt zur Ruhe mahnt.) Es sei bei der Abreise des aus Hamburg Ausgewiesenen eine sozialdemokratische Demonstration beabsichtigt gewesen, die die Polizei habe verhindern müssen. (Beifall rechts.)

Redner des Weiteren die gemeingefährliche Gesinnung der Sozialdemokraten gekennzeichnet, führt er den Nachweis, daß im Grunde alle Parteien des Hauses Veranlassung hätten, für die Verlängerung des Gesetzes zu stimmen, namentlich aber das Zentrum, mit welchem seine (des Redners) Partei den positiven Glauben, den einzigen Schutz gegen den überhandnehmenden Atheismus gemeinsam habe; er bitte der Regierungsvorlage zuzustimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) erklärt, daß er im Namen seiner Fraktion die früher in Gestalt von Resolutionen beantragten Änderungen wieder einbringen werde und daß er die Verweigerung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern beantrage. Redner führt sodann aus, daß das soziale Elend, welches vorhanden sei, nur durch positive Maßregeln zu beseitigen sei und daß zu diesem Zwecke die freie Beweglichkeit der Kirche fester gestellt werden müsse, weshalb er die Rückkehr der Orden fordern müsse; mit rein mechanischen Mitteln werde die Regierung keine Erfolge haben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Marquardsen (natlib.) erklärt sich mit der Beratung in einer Kommission einverstanden und prästirt weiter die Stellung seiner Partei dahin, daß sie der Verlängerung des Gesetzes nicht über die Dauer des jetzigen Reichstages hinaus zustimmen würden.

Abg. Geiser (Soz.): Gegenüber den Ausführungen des Vorredners über die Münchener Wahl ist es mir ein Leichtes, weitere Fälle dafür anzuführen, daß die Nationalliberalen unsere Unterstützung bei den Wahlen beansprucht haben, zum Beispiel in Stuttgart gegen den völksparteilichen Kandidaten. Gegen eine Kommissionsberatung muß ich mich Namens meiner Partei entschieden erklären — die Sache ist bereits spruchreif und in der Kommission beginnt doch nur wieder das alte Spiel zwischen Regierung und Zentrum. Unrichtig ist es, wenn Abg. Dr. Marquardsen von einem Erfolge des Sozialistengesetzes gesprochen, da die sozialdemokratische Bewegung von dem flachen Lande fern gehalten sei. Wir haben bisher auf dem flachen Lande wenig agitirt; wo es aber geschieht, ist, haben wir auch Erfolg erzielt. Herr von Puttkamer hat allerlei Einzelheiten herausgerissen, eine Schmähung der Königin Luise aus dem „Sozialdemokrat“ und Ähnliches, aber bewiesen hat er doch keineswegs, daß unsere Partei eine gefährliche ist. Herr von Puttkamer, der gestern so groß war im Verschweigen aller Gründe für die Verlängerung, befolgt gegen uns eine Kampfesweise, die nicht sehr nobel ist. — Während wir aber den Frieden wollen, kann ein Theil unserer Gegner den Zeitpunkt kaum erwarten, wo der Säbel haut und die Büchse knallt. Wir wollen nicht den Umsturz, wir wollen nur den bevorstehenden Uebergang in die neue Zeit vorbereiten. Der Zwiespalt in unserer Partei ist nicht so groß wie Sie glauben; wir sind nicht Hassler der Monarchie, wohl aber Gegner derselben und wir trennen uns allein in der Anschauung über den Zeitpunkt, wann diese neue Gesellschaftsordnung eintreten wird. — Ich glaube gar nicht, daß das Gesetz allein gegen uns richtet, sondern gegen die ganze neue Weltanschauung. Es zeigt dies auch der Brief eines konservativen Ultra, in dem es heißt, der rothe Lappen muß so lange vor dem liberalen Billster geschwungen werden, bis er an den Feuerschein glaubt. Der rothe Lappen ist heute geschwungen worden — wer auf eine solche gewaltsame Bewegung hinsteuert, scheint sich aber nicht klar zu sein, in welches Elend man dann steuert. Der Minister hat heute von der fürchtbaren Aufregung vor Erlaß dieses Gesetzes gesprochen — ich erinnere ihn aber daran, daß die Aufregung so gering war, daß der Reichstag das Gesetz, als es zum ersten Male an ihn heran trat, abgelehnt hat. — Wir leben der wissenschaftlichen Ueberzeugung, daß die Monarchie sich bald überlebt haben wird. So lange Sie diese unsere Ueberzeugung nicht widerlegt haben, können Sie es uns nicht verdenken, wenn wir unsere Ueberzeugung propagandiren. Ihre Sozialreform und die Art, wie Sie sie betreiben, ist die beste Agitation für uns. Wir werden auf dem bisherigen friedlichen Wege auch ferner ausharren. Noch ein Wort über unsere Partei als solche. Der Rei-

nungskonflikt, von dem Sie gesprochen, stört nicht unsere gemeinsame Agitation, die durch die Gegnerschaft nur gestärkt wird.

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Nach einer größeren Anzahl persönlicher Bemerkungen wird die Vorlage an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Berathung der Nordostsee-Kanal-Vorlage. Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

23. Plenarsitzung vom 19. Februar.

Das Haus und die Tribünen sind mäßig besetzt.

Am Ministertisch: Minister für öffentliche Arbeiten Maybach und mehrere Kommissarien. Präsident v. Kölller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Eingegangen ist ein Gesetz-Entwurf betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Theilnahme des Staates bei mehreren Privat-Unternehmungen und Gesegentwurf über die Errichtung leibwilliger Verfügungen in dem Bezirke des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M.

Tagesordnung:

Auf derselben steht die Berathung des Beschlusses über die bisherige Ausführung von Bestimmungen verschiedener Gesetze über den Erwerb von Privatbahnen für den Staat; der Bericht wird auf Antrag des Abg. Dr. Hammacher (natlib.) an die Budgetkommission überwiesen, während der Nachweis über die Verwendung des in dem Etat der Eisenbahnverwaltung pro 1. April 1884/85 unter Titel 25 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben vorgelegten Dispositionsfonds von 1,500,000 Mark durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt wird.

Es folgt die zweite Berathung des Staatshaushalts-Etats und zwar des Etats der Eisenbahn-Verwaltung.

Auf eine bezügliche Beschwerde des Abg. Goldschmidt (deutschfrei.) erklärt Staatsminister Maybach, daß von ihm kein Erlaß ausgegangen sei, welcher die Gewährung von Fahrvergünstigungen für Vereine beschränke; man möge sich geeigneten Falles an ihn selber wenden.

Abg. Letocha (Zentrum) beantragt, den Zöglingen der Waisenhäuser zum Zwecke des Besuches ihrer Angehörigen in den Ferienzeiten — auf Empfehlung des Vorstandes der Anstalt — die Hin- und Rückreise auf den königlich preussischen Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Bahnen in dritter Wagenklasse aller Züge zum Preise der Militärbillets zu gewähren.

Nachdem Abg. Büchtemann die Art der Aufstellung des Etats, welche nicht die nötige Durchsichtigkeit ermöglichte und die Höhe der Erträge der Eisenbahnüberschüsse bemängelt, setzt Staatsminister Maybach auseinander, daß die Art der Etatsaufstellung das Produkt der historischen Entwicklung unseres Eisenbahnwesens sei. Was die Höhe der Ueberschüsse betreffe, so genügt dieselben allen billigen Ansprüchen, denn man müsse bedenken, welche Summen aus denselben zu Abschreibungen der Eisenbahnschuld verwendet würden und welche Beträge zu Gebaltsaufbesserungen verwandt würden; wenn jedoch einmal die Einnahmen herabgehen sollten, so müßten auch die Ausgaben beschränkt werden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Etrombe (Zentrum) hält ein Urtheil über die Veränderung der Etatsaufstellung erst dann für möglich, wenn man die Gesichtspunkte kenne, von denen aus eine Aenderung vorgenommen werden solle.

Abg. Berger-Witten (fraktionsloser Liberaler) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und bittet um eine Tarifermäßigung für die rheinischen Landestheile, da die dortigen Eisenbahnen einen viermal höheren Ueberschuß lieferten, als die östlichen Provinzen. Redner weist dann noch auf einige unwesentliche Mängel in der Eisenbahnverwaltung hin, welchen

Minister Maybach nach Kräften Abhülfe schaffen zu wollen erklärt. Das vom Vorredner

